

Der Präsident erklärt die Medien zum Feind

„Nein, Sie nicht, Sie sind Fake-News!“ – Donald Trump sieht die Medien als Gegner. Schon im Wahlkampf wetterte er gegen sie, und auch als Präsident der USA folgt er diesem Rezept – eisern.

Foto: Imago / Zuma Press

Selten sind US-Präsidenten und die Medien allerbeste Freunde. Richard Nixon etwa zwangen sie durch ihre Enthüllungen indirekt zum Rücktritt. Doch keiner behandelt sie wie Donald Trump, der sie als Teil des Establishments zerstören will. Die US-Medien müssen sich auf ungemütliche Zeiten einrichten.

ANALYSE: Frank Herrmann aus Washington

Zeke Miller hat einen Fehler gemacht. Am Abend des 20. Jänner – der *Time*-Journalist gehörte zu einer Gruppe von Reportern, die Donald Trump beim Unterzeichnen seiner ersten Dekrete beobachtete – fiel ihm auf, dass eine Büste Winston Churchills an ihren alten Platz zurückgekehrt war. Unter George W. Bush stand sie schon einmal im Oval Office, dann ließ Barack Obama sie entfernen, um sie durch eine andere zu ersetzen: durch den Bronzeschädel Martin Luther Kings, des legendären Predigers der Bürgerrechtsbewegung, den er zentral auf einem kleinen Tisch neben dem Kamin platzierte. Trump also holte Churchill zurück in sein Amtszimmer, was die Frage aufwarf, was mit der King-Skulptur geschehen war. Als Miller von einem Kollegen darauf angesprochen wurde, antwortete er, dass er sie nicht gesehen habe. Daraus wurde dann im Bericht: „Neue Details zur Dekoration: Abgesehen davon, dass die Büste Churchills zurückgekehrt ist, wird die von MLK (Martin Luther King) nicht mehr gezeigt.“

Der Satz erwies sich als unwahr, was Trump einmal mehr zum Anlass nahm, um den Medien einen notorischen Hang zum Lügen vorzuwerfen. Tagelang stand Miller am Pranger, obwohl er versucht hatte, seinen Fehler schnellstmöglich zu korrigieren. Ein Leibwächter des Präsidenten, sagt er, habe ihm wohl die Sicht auf die King-Büste versperrt. Noch am selben Abend bat er einen Bediensteten der Machtzentrale, die Fakten zu checken. Der textete zurück, die Skulptur stehe nach wie vor im Oval Office, worauf sich Miller sämtlicher Kommunikationskanäle bediente, um seinen Irrtum zu berichtigen: Er twitterte, mailte, telefonierte. Entschuldigte sich beim Pressesab des Weißen Hauses. Es änderte nichts daran,

dass Trump tags darauf bei einem Auftritt im CIA-Hauptquartier den Patzer zum Anlass nahm, um über ihn herzuziehen. „Zeke also. Zeke vom Magazin *Time*. Da sieht man wieder, wie unehrlich die Medien sind. Erst eine große Story, dann eine klitzekleine Berichtigung, bei der man sich fragt, wo die überhaupt steht? Gab es überhaupt eine Zeile? Oder machen die sich erst gar nicht die Mühe, etwas zu bringen?“

Knapp zwei Wochen später sitzt Kellyanne Conway zwischen holzgetäfelten Wänden und tischt Chris Matthews, einem Veteranen des Senders MSNBC, eine Raubpistole auf: Die Medienberaterin Trumps spricht von zwei Irakern, die „ins Land kamen und sich radikalisierten, und dann waren sie die Drahtzieher des Bowling-Green-Massakers“. Als sich Häme breitmachte, weil sich in Bowling Green, Kentucky, niemand an ein Massaker erinnern konnte, erwidert Conway erkennbar beleidigt, sie habe doch nur ein einziges Wort verwechselt: Sie habe statt „massacre“, „terrorists“ sagen wollen; sie habe die in Bowling Green lebenden Hintermänner einer Terrorattacke im Irak gemeint und schlicht das falsche Wort gewählt. Wozu die Aufregung?

„Alternative Fakten“

Abgenommen hat es ihr niemand, zumal Conway zuvor, als Präsident Trump einmal mehr die Zahl der zu seiner Angelobung erschienenen Zuschauer aufzubauschen versuchte, einen Begriff geprägt hatte, der Chancen hat, zum Wort des Jahres 2017 gewählt zu werden: „alternative Fakten“.

Im Wahlkampf hatte es Zeiten gegeben, da hing die Presse förmlich an ihren Lippen. Die Tochter eines Lastwagenfahrers aus New Jersey lächelte telegen, sie sprach flüssig, wenn auch häufig zu schnell. Im

Umgang mit Journalisten wirkte sie jedenfalls verbindlicher als ihre Vorgänger im Team Trumps, die bisweilen grimmige Genugtuung empfanden, wenn sie einem unliebsamen Medienvertreter den Weg in eine Wahlkampfarena versperren konnten.

Conway, kann man sagen, war eine Zeitlang das nette Gesicht der Kampagne, gern gesehen in den Fernsehstudios. Inzwischen dürfte aber mancher bereuen, ihr derart den Hof gemacht zu haben. CNN etwa ließ wissen, dass man ein Interviewangebot Conways im Rahmen der Sonntags-show *State of the Union* abgelehnt habe: wegen Zweifeln an ihrer Glaubwürdigkeit. Lange hielt der Sender die Attitüde der Coolness aber nicht durch: Tags darauf stand Conway erneut vor einer CNN-Kamera, allerdings wurde sie kritisch befragt, und sie wirkte längst nicht so selbstsicher wie sonst. Der Schuss vor den Bug schien eine gewisse Wirkung zu zeigen.

Spätes Umdenken

Trump und die Medien: Auf gewisse Weise ist es die Geschichte einer verspäteten Fehlerkorrektur. Wie andere Kanäle auch hat CNN dazu beigetragen, den Bauunternehmer so stark ins Rampenlicht des Kandidatenrennens zu rücken, dass er all seine republikanischen Rivalen daraus verdrängte. Der Reality-Show-Star versprach hohe Einschaltquoten. Auch als Kritik laut wurde, dass man einem Populisten mit derart vulgärer Sprache nicht so viel Sendezeit einräumen dürfe, gingen die Trump-Festspiele weiter. Erst heute, da er im Weißen Haus sitzt, scheint ein Umdenken einzusetzen. Vielleicht halbherzig, vielleicht vorübergehend, aber immerhin: Eine gesunde Distanz ist neuerdings nicht zu übersehen.

Wenn es ein Gesicht zu dieser Fehlerkorrektur gibt, dann ist es Jim Acosta von CNN: Eines Abends Ende Jänner sitzt er im Auditorium der George Washington University, um mit Sean Spicer zu diskutieren – dem Sprecher Trumps, inzwischen von Melissa McCarthy bei *Saturday Night Live* satirisch aufgespießt als Wüterich mit schrillum Kasernenhohn. Kurz vor der Vereidigung hatte er Acosta bei einer Pressekonferenz Trumps angedroht, ihn umgehend aus dem Saal werfen zu lassen. Der Reporter hatte auf seinem Recht beharrt, Trump eine Frage zu stellen, während der ihn behandelte wie ein Monarch, der allenfalls eine journalistische Entourage duldet, aber keine kritischen Fragesteller. Spicer, ein früherer Reserveoffi-

zier der Kriegsmarine, drohte Acosta damit, ihn künftig nicht mehr für Pressekonferenzen des Präsidenten zuzulassen. Es war ein Einschüchterungsversuch, dem kurz darauf ein Versuchsballon des Kabinetts Trump folgte: Womöglich wäre es besser, wenn die White-House-Presse nicht mehr direkt im Weißen Haus arbeiten würde, hieß es da. Doch noch sei nichts entschieden, es handle sich bloß um Gedankenspiele ...

Nun sitzt Acosta also vor den Studenten der George Washington University, den Blick fest auf Spicer gerichtet, und hält aus dem Stegreif eine Brandrede: „Sie können uns aus dem Weißen Haus werfen, aber dann parken wir unsere Übertragungswagen draußen auf der Pennsylvania Avenue und bringen exakt dieselben Geschichten“, sagt er. „Egal was mit uns passiert: Wir werden verblissen nach der Wahrheit suchen.“

Spicer seinerseits setzt eine Beschwerde dagegen, er klagt über die Journalaille, die stets das Negative herausstelle. Warum niemand berichte, wenn etwas Positives geschehe, wenn etwa der Präsident Jobs schaffe? Acosta kontert: „Warum hat sich dann in Trumps Kampagne alles nur um Negatives gedreht? Haben wir Journalisten etwa gesagt, Mexikaner seien Vergewaltiger, die das Verbrechen ins Land bringen? Haben etwa wir gesagt, du kannst dich auf die Fifth Avenue stellen und jemanden erschießen, ohne dass dir etwas passiert?“

Nein, Donald Trump habe das alles gesagt. Ob man über all das hinwegsehen solle?

Trump braucht die Presse kaum noch

Steven Roberts leitete einst das Hauptstadtbüro der *New York Times*, unter anderem berichtete er jahrelang über den Präsidenten Ronald Reagan. Heute lehrt er an einer Journalistenschule. Nüchtern verweist er auf die Social-Media-Reichweite Trumps, dem bei Twitter 24 Millionen und bei Facebook 21 Millionen Menschen folgen: Der Mann brauche die Medien längst nicht mehr in dem Maße, wie noch Reagan sie als Transmissionsriemen für seine Botschaften nötig hatte. Das ändere aber nichts an der Rolle, die Journalisten gerade jetzt spielen müssten. „Die Grundeinstellung muss sein, dass wir offensiv sind. Sonst steckt uns die Regierung in die Tasche.“

Vier Tage nach der Amtseinführung titelte die *New York Times*, wegen ihrer Seriosität auch „Graue Lady“ genannt, bei einem Treffen mit Kongressabgeordneten habe Trump eine Lüge aus dem Wahlkampf

wiederholt. Früher, bei einem anderen Präsidenten, wäre das Wort „Lüge“ in der Überschrift unvorstellbar gewesen, sagt Roberts. „Heute ist es gerechtfertigt.“ Im Übrigen, fügt der alte Hase gelassen hinzu, sei Medienschelte nichts Neues: Schon 1964 habe Barry Goldwater, ein stockkonservativer Kandidat fürs Oval Office, Buttons mit dem hämischen Spruch „Liberale Medien-elite“ verteilen lassen. Und Richard Nixon schrieb einem Berater in zynischem Kalkül: „Wenn wir die Presse mit etwas mehr Geringschätzung behandeln würden, kommen wir vielleicht besser weg.“

Die Medien als Feind

Alle Präsidenten der jüngeren US-Geschichte hätten den Fakten ihren eigenen Spin gegeben und sie nicht selten zu verdrehen versucht, schreiben David Uberti und Pete Vernon, Autoren der *Columbia Journalism Review*, einer Zeitschrift, die die Journalistenschule der New Yorker Columbia University alle zwei Monate herausgibt. Was Trump von allen anderen unterscheidet, sei dies: Einst Star einer Reality-TV-Show, behändere er eine faktenbasierte Debatte, wie es keiner vor ihm getan habe. Während all seine Vorgänger die Medien ab und zu beschimpften, porträtierte Trump sie als politischen Gegner, den es zu bezwingen gelte – als Oppositionspartei.

Uberti und Vernon wissen nur zu gut um die Vertrauenskrise, mit der die vierte Gewalt zu kämpfen hat. Nach einer Gallup-Umfrage glaubt nur noch ein knappes Drittel der Amerikaner, dass über das aktuelle Geschehen tatsächlich „umfassend, akkurat und ausgewogen“ informiert wird. Mitte der 1970er-Jahre, nachdem Carl Bernstein und Bob Woodward den Watergate-Skandal aufgedeckt und Nixon indirekt zum Rücktritt gezwungen hatten, hatten noch fast drei Viertel die Medien-Vertrauensfrage mit Ja beantwortet.

Trumpus Ausbrüche – auch das schreiben Uberti und Vernon – seien kühle Berechnung. Der Mann wisse, dass er damit bei seiner Basis ankomme. Er skizziere die Presse als Teil jenes Establishments, das er zu stürzen gedenke. Aber diese Konfrontation liefere Journalisten vielleicht auch die bittere Pille, die sie nötig hätten für bessere Arbeit. „Die Frage ist“, schreiben sie, ob es ihnen, den Journalisten, „gelingt, einen ausreichend großen Teil des Publikums davon zu überzeugen, dass es ihnen vertrauen soll“.

Trump scheitert vor Gericht Seite 9

„Da entsteht ein autokratisches Gefüge“

Wer Donald Trump unterschätzt, ist im Irrtum, warnt der deutsche Politologe **Tobias Endler**. Er appelliert an die Zivilgesellschaft, von selbst aktiv zu werden, denn Phänomene wie in den USA seien auch in Europa möglich.

INTERVIEW: Gianluca Wallisch

STANDARD: Hat Sie Donald Trump in den ersten Wochen als Präsident überrascht?

Endler: Trump hat nicht vom Wahlkampf auf den Präsidentenmodus umgeschaltet. Es war wohl Wunschenken, dass das Amt den Amtsträger formt. Im Gegenteil: Die Machtfülle des Amtes scheint ein Verstärker für Trumps Vorgehensweise zu sein. Er spricht nach wie vor nur seine Unterstützer an, wendet sich kaum jemals an das Land als Ganzes, wie es seine Vorgänger gehalten haben. Und wenn man realistisch ist: Es gibt auch wenig Anreiz für Trump, diese Strategie zu ändern.

STANDARD: Er spaltet ganz bewusst weiter?

Endler: Natürlich. Das Einreiseverbot für Muslime ist ein selbstdeklariertes Gerechtigkeitsfeldzug, da geht es um Regierung gegen Legislative, gegen die vermeintlich verkrusteten Institutionen.

STANDARD: Ist es nicht absurd, dass sich jemand als Robin Hood gegen das System geriert, wenn er selbst davon profitiert hat?

Endler: Natürlich, aber ich bevorzuge Trump weniger als Figur, sondern eher als Symptom einer krisenhaften Situation zu betrachten. Trump ist nicht deren Verursacher, aber er konnte nur aus ihr hervorgehen. Viele Amerikaner spüren generelle Besorgnis, eine schleichende Resignation, das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein. Trump ist eine Art Geliemittel für diese Sorgen. Er macht die Sache konkret, etwa in Form von Verachtung für die Eliten.

STANDARD: Wie sehen Sie die Person Trump?

Endler: Ich glaube, dass Trump raffinierter ist, als es lange Zeit den Anschein hatte.

Die Art und Weise, wie er kommuniziert, wie er Themen besetzt: Das hat Kalkül. Gleichzeitig kann man ihn als krassen Narzissten bezeichnen. Er ist authentisch im Bemühen, die amerikanische Demokratie aus ihren Angeln zu heben. Das ist natürlich hochgefährlich, auch weil seine „Bewegung“ auf das Schüren von Ängsten baut. Er weiß genau, was er da tut.

STANDARD: Was steckt hinter dem rasanten Tempo, das Trump zurzeit hinlegt?

Endler: Es geht sicher um Ablenkung. Als er gleich zu Beginn den Medien de facto den Krieg erklärt hat, hat er abgelenkt von problematischen Minister-Hearings. Gleichzeitig will er möglichst viele Pföcke einschlagen, bevor diese Minister zu arbeiten beginnen. Man hat ja von ihnen ansatzweise schon Widerworte gehört, etwa von Verteidigungsminister James Mattis zur Nato-Positionierung der USA; oder von Außenminister Rex Tillerson, der sich weit vorsichtiger äußert als sein Chef. Trump will aber die oberste Kontrolle. Da entsteht ein autokratisches Gefüge.

STANDARD: Geht es in Richtung Diktatur?

Endler: Diktatur noch nicht, aber Trumps Politik hat autokratische Züge. Dieser Mann untergräbt systematisch die Glaubwürdigkeit jener, die sich gegen ihn stellen, auch schon im Wahlkampf: „Ich kann nur dann verlieren, wenn es nicht mit rechten Dingen zugeht.“ Eine ungeheure Anschuldigung! Dieser Logik folgend, untergräbt er jetzt die Autorität der Medien und der Justiz. Er testet Grenzen, darin sehe ich auch einen anarchoistischen Zug. Diese von ihm verursachte Erschütterung reicht aus, um Verunsicherung zu schüren – weltweit.

STANDARD: Und dabei hilft ihm sein Einflüsterer Steve Bannon ...

Endler: Ich halte Bannon für brandgefährlich; dabei gibt es die fast verzweifelte Hoffnung, dass man Trump auch anders beeinflussen könnte, wenn man bloß Bannon aus dem Spiel kriegen würde. Ich glaube nicht daran:

Für mich ist das Zentrum der Macht Trump selbst. Man wird nicht einfach aus Zufall Präsident.

STANDARD: Was kann man also Trumps autoritärem Regierungsstil entgegensetzen?

Endler: Eine Form von wehrhafter Demokratie, die signalisiert, dass nicht alles möglich sein darf; dass es Grenzen gibt. Ich bin nicht sicher, ob das aus den Institutionen kommen kann, denn die Sogwirkung der Macht ist allzu stark zu spüren. Nein, dieser Erneuerungsimpuls muss aus der Zivilbevölkerung kommen.

STANDARD: Und wie groß müsste deren kritische Masse dann sein?

Endler: Enorm. Es müssten alle gesellschaftlichen Bereiche mittun, Trump hat bereits eine gewaltige Schneise der Verwüstung gezogen. Ich finde es sehr positiv, dass die Menschen wieder auf die Straßen gehen – vielleicht eine Reaktion darauf, dass Trump das Virtuelle in Form von Twitter so an sich gerissen hat. Generell kann die Demokratie in den USA jemanden wie Trump aushalten, ich sehe genügend Widerstandskräfte und genug Elastizität. Aber nur, wenn die Zivilgesellschaft aktiv wird, von dort muss der Impuls kommen. Episoden wie die Aufhebung des Einreisestopps sind nur Zwischensiege der Judikatur. Ich glaube nicht, dass wir einen kompletten Umbruch erleben werden, ich glaube, dass es die Chance gibt, das Bestehende zu verteidigen und gewissermaßen zu heilen – das ist es, was ich



Tobias Endler fordert eine „wehrhafte Demokratie“.
Foto: Uni Heidelberg

mit wehrhafter Demokratie meine. Wir müssen aufpassen, dass das Autokratische nicht übermächtig wird; müssen frühzeitig, jetzt, dagegenhalten. Es muss uns klar sein: Was in den USA passiert, das ist übertragbar – auch auf uns, auf Europa.

Tobias Endler (Jg. 1978) lehrt und forscht am Heidelberg Center for American Studies zu Entwicklungen in den transatlantischen und transpazifischen Beziehungen, außerdem zum Verhältnis von Demokratie und Populismus. Langfassung: dst.at/USA